

AVIS

INTERGLOBAL

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte

Type de marché : fournitures

Modalités d'ouverture des offres :

Date : 08/11/2021 - Heure : 10 :00

Lieu : Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

SECTION II : OBJET DU MARCHÉ

Intitulé attribué au marché :

Fourniture d'énergie électrique BT et MT pour les années 2022, 2023 et 2024 dans l'intérêt de divers bâtiments publics - lot ABP.

Description succincte du marché :

Fourniture de 69,6 GWh répartis sur 3 ans. La durée du marché est de 3 ans à partir du 1er janvier 2022 jusqu'au 31 décembre 2024.

SECTION IV : PROCÉDURE

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu). La remise électronique est obligatoire.

SECTION VI : RENSEIGNEMENTS COMPLÉMENTAIRES

Autres informations :

Conditions de participation :

Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumission.

Réception des offres :

Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. : 07/10/2021

La version intégrale de l'avis n° 2101972 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

BALKANSTAATEN

Zurück in die Neunziger

Krsto Lazarevic

In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens keimen alte Konflikte wieder auf. Die angestrebte EU-Mitgliedschaft rückt für einige Balkanländer damit in noch weitere Ferne.

In einer Rede Mitte Juli sprach der serbische Innenminister Aleksandar Vulin davon, es sei Aufgabe der jetzigen Generation von serbischen Politikern, eine „serbische Welt“ zu schaffen. Diese „serbische Welt“ kann einerseits als etwas netter bezeichnete Variante der Großserbien-Vorstellungen aus den 1990er-Jahren verstanden werden, andererseits auch als Anspielung auf Wladimir Putins Verteidigung einer „russischen Welt“. Mit dieser Formel hatte der russische Präsident die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine gerechtfertigt.

Vulin sagte zudem, serbische Soldaten sollten überall auf der Welt in der Lage sein, Serben zu verteidigen. In den Nachbarländern, insbesondere jenen mit einer großen ethnisch serbischen Bevölkerung wie Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Kosovo, sorgten diese Worte für Unbehagen und Widerspruch. Im Anschluss an die Rede kam es zu Konflikten in den Nachbarstaaten, nicht zuletzt in Montenegro, wo Anfang September der neue Metropolit der serbisch-orthodoxen Kirche, Joanikije II. Micovic, ins Amt eingeführt wurde.

Die meisten Kirchen und Klöster in Montenegro unterstehen auch nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 2006 der serbisch-orthodoxen Kirche, die der serbischen Regierung sehr nahesteht. Der sich daran entzündende Konflikt, der zu einem regelrechten Kirchenstreit geführt hat,

geht darauf zurück, dass nationalbewusste und nationalistische Kräfte eine montenegrinisch-orthodoxe Kirche als neue Nationalkirche zu etablieren versuchen, der bislang aber nur eine Minderheit der montenegrinischen Bevölkerung angehört. Den Befürwortern dieses Kurses stehen jene gegenüber, die sich noch stärker von Serbien abgrenzen wollen.

Die Kleinstadt Cetinje, wo die Amtseinführung stattfand, ist mit ihren 14.000 Einwohnern die alte Hauptstadt des Landes (bis 1918), Sitz der serbisch-orthodoxen Kirche und gleichzeitig eine Hochburg der Befürworterinnen und Befürworter einer montenegrinischen Eigenstaatlichkeit. Im Jahr 2006 stimmten 86,38 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Cetinje für die Unabhängigkeit Montenegros von Serbien, während es im gesamten Land nur 55,49 Prozent waren.

Um die Einführung Joanikijes II. zu verhindern, versperrten Hunderte Demonstrierende die Zufahrtswege und warfen der serbisch-orthodoxen Kirche vor, großserbische Ambitionen zu hegen. Es kam zu Ausschreitungen und Einsatz von Tränengas, Barrikaden wurden gebaut und böse Worte gewechselt. Dutzende angezündete Autoreifen sorgten für dunklen Rauch und Konfliktstimmung, was dem Stadtbild etwas Endzeitliches gab. Schließlich mussten der neue Metropolit und Porfirije Peric, der Patriarch der gesamten serbisch-orthodoxen Kirche, per Hubschrauber eingeflogen werden.

In Bosnien-Herzegowina sind die Konflikte weniger kirchlicher und mehr weltlicher Natur, aber auch hier spielen die ethnischen Serben, die bosnischen Serben, die Hauptrolle. In der halbautonomen Teilenti-

tät Republika Srpska, die 49 Prozent der Landesfläche umfasst, hat das bosnisch-serbisch dominierte Parlament bekanntgegeben, seine Zustimmung zu einer gemeinsamen bosnischen Armee zurückzuziehen. Das bedeutet, dass die serbisch dominierte Entität eine eigene Armee aufbauen will - innerhalb des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina. Die gemeinsame bosnische Armee wurde erst im Jahr 2006 gegründet.

Die serbisch dominierte halbautonome Republika Srpska will eine eigene Armee aufbauen - innerhalb des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina.

In Verbindung mit regelmäßigen Forderungen nach einer Abspaltung der serbischen Teilentität und der Erinnerung an die Kriegsverbrechen der 1990er-Jahre wird dies von der Bosniakisch-Kroatischen Föderation, der anderen Entität, als Bedrohung für den Fortbestand des Staates und sogar für den Frieden angesehen. Das kroatische Mitglied des dreiköpfigen Präsidiums, Zeljko Komsic, sprach von einem „kriminellen Akt der Rebellion“; im Hintergrund betreiben konservative Kräfte in Kroatien allerdings die Schaffung einer dritten, kroatischen Entität, die das Ende der Föderation wäre.

Während die Serbinnen und Serben in Bosnien und Herzegowina noch mit der Schaffung einer eigenen Armee drohten, hatte die Regierung in Serbien selbst ihre Truppen bereits in Bewegung gesetzt. Der Grund dafür



Rückkehr auf die Barrikaden: Demonstrierende blockierten die Zufahrtswege zur montenegrinischen Kleinstadt Cetinje und versuchten so die am 5. September stattgefundene Amtseinführung des neuen Oberhauptes der serbisch-orthodoxen Kirche zu verhindern. Dieser wird vorgeworfen, großserbische Ambitionen zu hegen.

FOTO: EPA-EFE/BORIS PEJOVIC

klings zunächst nach einer Provinzposse: Denn wer an seinem Auto ein serbisches Kennzeichen hat, kann seit dem 20. September nicht mehr über die Grenze nach Kosovo fahren. Man muss das Nummernschild abmontieren, beim Grenzbeamten ein provisorisches kosovarische Kennzeichen kaufen und dieses innen an die Windschutzscheibe kleben. Dieses kostet fünf Euro und ist zwei Monate lang gültig. Die Regierung Kosovos unter Ministerpräsident Albin Kurti sagt, man käme lieber ohne diese Prozedur aus. Man habe sie jedoch eingeführt, um in allen Punkten eine Gleichbehandlung zu erreichen. Serbien verlangt schon seit 13 Jahren, dass an Fahrzeugen aus dem Kosovo bei der Einreise ein serbisches Kennzeichen angebracht wird, das jeweils fünf Euro kostet.

Im nördlichen Teil Kosovos, wo die Mehrheit der Bevölkerung kosovo-serbisch ist, hatten daraufhin Angehörige der serbischen Minderheit aus Protest an zwei wichtigen Grenzposten Straßenblockaden mit Lastwagen

errichtet. Kurti entsandte Spezialpolizisten dorthin, worin Kosovo-Serben wiederum eine Art Einmarsch in ihr Territorium sahen. Daraufhin versetzte der serbische Präsident Aleksandar Vucic die Armee in Alarmbereitschaft und verlegte Truppen in die Grenzregion zum Kosovo, das von Serbien weiterhin offiziell als serbische Provinz angesehen wird. Auch hier wurden Erinnerungen an die Jugoslawienkriege der 1990er-Jahre wach.

Pünktlich zum Westbalkangipfel der EU am 6. Oktober war der Konflikt zwischen der serbischen und kosovarischen Regierung dann wieder so weit deeskaliert, dass zumindest keine bewaffneten Auseinandersetzungen mehr drohten. Bei dem Gipfel in Slowenien trafen die Staats- und Regierungschefs der EU auf die Staats- und Regierungsoberhäupter der Länder des Westbalkan und besprachen deren Beitrittsperspektive.

Die erst kurz zurückliegenden Konflikte waren dabei keine besonders gute Werbung für einen baldigen EU-Beitritt. „Wir möchten den West-

balkan in der Europäischen Union haben“, ließ EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zwar verlauten. In Wirklichkeit aber ist den meisten Beteiligten klar, dass so schnell keiner der Staaten des Westbalkans Mitglied der Europäischen Union werden wird. Ein Zieltermin für eine mögliche EU-Erweiterung wurde nicht genannt.

EU-Mitglieder wie Frankreich, Dänemark und die Niederlande stehen einer neuerlichen Erweiterung grundsätzlich skeptisch gegenüber. Sie wollen keinen weiteren Staaten ein Vetorecht einräumen, solange sich die jetzigen Mitglieder schon nicht auf Grundlagen in der Außen-, Finanz- und Migrationspolitik einigen können. Diese Skepsis wird durch das Verhalten von Staaten wie Ungarn und Polen, in denen nach ihrem Beitritt Rechtsstaatlichkeit, demokratische Standards und Pressefreiheit ausgehöhlt wurden, noch bestärkt. Einige osteuropäische EU-Mitglieder wie Ungarn und Slowenien drängen hingegen auf eine Erweiterung, al-

lerdings aus dem durchschaubaren Grund, dass ihre Regierungen sich Verstärkung für ihre „illiberalen“ Ideologien erhoffen.

Die EU kümmert sich darum auf dieselbe Weise wie um viele andere Probleme, für die es keine richtige Lösung gibt: Sie wirft mit Geld. In den kommenden sieben Jahren sollen neun Milliarden Euro an Fördergeldern in die Region fließen, von denen man sich Nachfolgeinvestitionen in Höhe von rund 20 Milliarden Euro erhofft. Außerdem sollen die derzeit sehr hohen Roaming-Gebühren entfallen und Geld in die marode Verkehrsinfrastruktur gepumpt werden. Damit kommen die Staaten einem EU-Beitritt zwar nicht viel näher, aber in Brüssel hofft man darauf, damit zumindest den Einfluss Russlands und Chinas in der von EU-Staaten umgebenen Region einzuschränken.

Krsto Lazarevic berichtet als freier Journalist vorwiegend aus den Balkanstaaten.

